



Geschäftsführung  
Jugendhilfeausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Jarczyk

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-25446

E-Mail: [anna.jarczyk@stadt-koeln.de](mailto:anna.jarczyk@stadt-koeln.de)

Datum: 17.04.2009

## Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, dem 17.03.2009, 17:05 Uhr bis 19:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende/r

Frau Carola Blum CDU

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Alfred Hoffmann	CDU
Frau Sylvia Laufenberg	FDP
Herr Dr. Helge Schlieben	CDU
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Frau Karin Wiesemann	SPD
Herr Stefan Peil	Grüne
Frau Gabriele Schlitt	Grüne

#### Vertreter von im Bereich der Stadt Köln wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe

Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region.
Frau Claudia Hüppe	Soz.dienst kath. Frauen
Herr Stephan Köker	Die Falken
Herr Wolfgang Scheiblich	Soz.dienst kath. Männer
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt

#### Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Frau Barbara Combrink-Souhjouid	
Frau Karin Grevelhörster	Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung e.V.
Herr Dirk Detampel	SPD
Frau Dr. Eva-Marie Fiedler	FDP
Frau Kirsten Jahn	Bündnis 90/Die Grünen



Vor Eintritt in die Tagesordnung halten die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses eine Gedenkminute für die Opfer des Einsturzes des historischen Stadtarchivs ab.

Herr Schäfer-Remmele weist darauf hin, dass für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses vorne die erste Ausgabe der neuen kostenlosen Zeitschrift „AKT“ ausgelegt wurde. Diese werde monatlich herausgegeben von der Kölner Theaterkonferenz und der Plattform Kölner Theater und beinhalte das gesamte Kölner Theaterprogramm für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. In der Zeitschrift sei eine Adresse angegeben, unter der Einrichtungen und Privatpersonen die Zeitschrift bestellen können.

Frau Blum merkt an, dass außerdem vorne Flyer des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik mit dem Jahresprogramm 2009 zur Veranstaltung „Wissenschaft im Rathaus“ ausliegen.

Herr Uckermann gibt zu Protokoll, dass er seine Wortbeiträge in der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.02.2009 zur Aussprache über den Vortrag der kultur- und medienpädagogischen Facheinrichtungen sowie zu TOP 8.5 (Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus - Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa) nicht genügend gewürdigt sehe.

Der Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.03.2009 (AN/0562/2009 – Erweiterung der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010) wurde in Absprache mit Dez. IV als TOP 4.2.1 auf die Tagesordnung genommen. Die Ausführungen von Herr Dr. Heinen zur Dringlichkeit werden unter TOP 4.2.1 aufgeführt.

Die Verwaltung bittet, TOP 6.1 (Planungsaufnahme für die Realisierung eines Ersatzbaus für die bestehende Kindertagesstätte: Belvedere Straße 17 in Köln-Müngersdorf) zu verschieben. Es werden weitere Daten recherchiert und es sind noch weitere Gespräche mit den Eltern der die Kindertagesstätte Wendelinstraße besuchenden Kinder vorgesehen.

Frau Schlitt bittet darum, den TOP auf der Tagesordnung zu lassen, damit noch ausstehende Fragen geklärt und der Sachstand erläutert werden kann. Anschließend solle der TOP in eine der nächsten Sitzungen geschoben werden.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen der Vorgehensweise zu.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 2.1, 2.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.7, 3.8, 3.9, 4.2.1, 5.2.1, 7.2, 8.4 und 10.1

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

## **Tagesordnung**

## **I. Öffentlicher Teil**

- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

## **2 Beantwortung von Anfragen**

- 2.1 Beteiligung von freien Trägern am Konjunkturprogramm II  
(Zu TOP 7.1 der JHA-Sitzung am 03.02.2009 - 5158/2008 "Zusätzliche Mittel im Jahre 2009 für Maßnahmen der Bauunterhaltung in Jugendeinrichtungen")  
1005/2009
- 2.2 Projekt "Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete"  
(Zu TOP 8.7 der JHA-Sitzung am 03.02.2009 - 2075/2008 "Projekt "Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete" EFRE - Wettbewerbsaufruf familie@unternehmen.NRW)  
0892/2009

## **3 Mitteilungen**

- 3.1 Kopfläuse in Kindergärten  
0602/2009
- 3.2 Aktionswoche und Plakatwettbewerb der Initiative Integration gemeinsam schaffen - Kinder und Jugendliche in Deutschland  
0600/2009
- 3.3 Imagefilm "familienfreundliches Köln"  
0743/2009
- 3.4 Aktualisierung der bestehenden Prioritätenliste vom 27.03.2001 mit den zu sanierenden Spiel- und Bolzplätzen  
3837/2008

- 3.5 Fall- und Kostenentwicklung im Bereich Hilfen zur Erziehung 2008  
0862/2009
- 3.6 Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Kinderschutzes  
(Bundeskinderschutzgesetz-BKiSCHG)  
0866/2009
- 3.7 Einführung Mittagsversorgung: Sachstände an Kölner Gymnasien  
0874/2009
- 3.8 Ergebnisse der Fragebogenaktion der Sportjugend Köln und des Schul-  
verwaltungsamtes (Schuljahr 2007/2008)  
Programm "Sporthochschule Goes For Schools" als erste Maßnahme  
0157/2009
- 3.9 Haus des Jugendrechts - Immobilie und Kooperationsvereinbarung  
0721/2009

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

4.1 Frühere Anträge

4.2 Neue Anträge

- 4.2.1. Erweiterung der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010  
(Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.03.2009)  
AN/0562/2009

#### **5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

5.1 Frühere Anfragen

5.2 Neue Anfragen

- 5.2.1. Ganztagsangebote für 10 - 14-jährige Schülerinnen und Schüler

(Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.03.2009)  
AN/0479/2009

## **6 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO**

- 6.1 Planungsaufnahme für die Realisierung eines Ersatzbaus für die bestehende Kindertagesstätte: Belvedere Straße 17 in Köln-Müngersdorf  
3208/2008
- 6.2 Förderung einer halben Personalstelle im Jugendcafe Chorweiler für den Bereich  
"Betreuung Jugendlicher im Übergang Schule-Beruf".  
0328/2009
- 6.3 Verteilung von Haushaltsmitteln aus dem Teilergebnisplan 0601 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe im Jahr 2009  
hier: Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 3.900,00 € für Selbsthilfemaßnahmen des Theaterpädagogischen Zentrum Köln e.V. (ZAK).  
0162/2009
- 6.4 Förderung der Mitgliedsverbände im Ring politischer Jugend  
5798/2009
- 6.5 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Schulalter;  
hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10 - 14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2008/2009  
0128/2009
- 6.6 Verteilung von Haushaltsmitteln 2009  
hier: Förderung eines Betreuungsangebotes der DGB-Jugend an der Hauptschule Borsigstraße zur vorbeugenden Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit  
5705/2008
- 6.7 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe;  
hier: agisra Köln e.V.  
0289/2009

## **7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

- 7.1 Erhaltung der bilingualen Kindertagesstätten in Kalk und Ausweitung auf

ein türkisches und russisches Angebot  
0178/2009

- 7.2 Finanzierung der Erweiterung des Modellprojekts "Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln" auf das 11. Sozialraumgebiet Humboldt/Gremberg und Kalk ab dem 01.01.2009  
0719/2009

## **8 Ausschussempfehlungen an den Rat**

- 8.1 Fortführung der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln ( U 25-Konferenz) und Einrichtung des lokalen Büros "Die Chance" im Sozialraum Chorweiler  
0352/2009
- 8.2 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 24.06.2008 zur Kompensation der Personalkostensteigerungen bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, den freien Trägern aus den Bereichen der Jugendhilfe, der Sozialarbeit, des Gesundheitswesens und Migration sowie der Träger der Bürgerzentren (künftig Träger)  
0537/2009
- 8.3 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen  
0504/2009
- 8.4 Gewährung eines Zuschusses an die Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Köln e.V., zu den Mietkosten des Jugendzentrum- und Nachbarschaftshaus Bodestrasse.  
5779/2008

## **9 Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1.1 Benennung der Stimmzähler**

Als Stimmzähler werden Herr Dr. Heinen, Herr Dr. Schlieben und Frau Schlitt benannt.

### **1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

### **1.3 Gleichstellungsrelevante Themen**

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

## **2 Beantwortung von Anfragen**

### **2.1 Beteiligung von freien Trägern am Konjunkturprogramm II (Zu TOP 7.1 der JHA-Sitzung am 03.02.2009 - 5158/2008 "Zusätzliche Mittel im Jahre 2009 für Maßnahmen der Bauunterhaltung in Jugendeinrichtungen") 1005/2009**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 1 beigefügt. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

### **2.2 Projekt "Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete" (Zu TOP 8.7 der JHA-Sitzung am 03.02.2009 - 2075/2008 "Projekt "Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete" EFRE - Wettbewerbsaufruf familie@unternehmen.NRW) 0892/2009**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 2 beigefügt. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

## **3 Mitteilungen**



**3.1 Kopfläuse in Kindergärten  
0602/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.2 Aktionswoche und Plakatwettbewerb der Initiative Integration gemeinsam schaffen - Kinder und Jugendliche in Deutschland  
0600/2009**

Frau Jahn merkt an, dass zur gleichen Zeit wie die Friedensinitiative die Anti-Islam-Konferenz stattfinden werde und bittet um Mitteilung, ob die Stadt in diesem Zusammenhang Maßnahmen als Zeichen für Integration geplant hat.

Frau Blümel führt aus, dass es bereits die „Interkulturelle Woche“ sowie die „Woche der Brüderlichkeit“ gäbe. Es sei wichtig, dass diese in die gleiche Richtung arbeiten. „Köln stellt sich quer“ plane am 08.05. eine zentrale Veranstaltung sowie am 09.05.2009 dezentrale Veranstaltungen sowie voraussichtliche Protestaktionen. Es sei wünschenswert, dass diese Initiative sich mit der Aktionswoche „Integration gemeinsam schaffen – Kinder und Jugendliche in Deutschland“ koordinieren ließe.

Herr Uckermann macht darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Anti-Islam-Konferenz durch ProKöln auch am 06. und 07.05.2009 Veranstaltungen stattfinden werden. Er äußert seinen Unmut darüber, dass die Anti-Islam-Konferenz als behördlich genehmigte Veranstaltung durch Gegenveranstaltungen und negative Begleitumstände derart verunglimpft werde.

**3.3 Imagefilm "familienfreundliches Köln"  
0743/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.4 Aktualisierung der bestehenden Prioritätenliste vom 27.03.2001 mit den zu sanierenden Spiel- und Bolzplätzen  
3837/2008**

Herr Dr. Schlieben bittet um Angabe des Zeithorizonts der Maßnahmen.

Herr Dr. Heinen bittet ergänzend um Mitteilung, ob es sich tatsächlich um eine Prioritätenliste handele oder lediglich um eine reine Auflistung der zu sanierenden Spielplätze.

Frau John gibt für die Verwaltung an, dass es sich voraussichtlich um ein 3 bis 4 Jahres-Programm handele. Dies sei abhängig von den finanziellen Mitteln. Für die

Spielplatzsanierung stehen unabhängig vom politischen Veränderungsnachweis jährlich 920.000,- Euro zur Verfügung. Da die Belastungsgrade im Unterschied zu den Vorjahren heute alle ähnlich sind, werde die Liste gleichwertig innerhalb des Finanzvolumens nach Bezirken abgearbeitet.

Herr Uckermann bittet die Verwaltung, eine Liste anzufertigen, in welcher Reihenfolge die Arbeiten tatsächlich durchgeführt werden.

Frau John sagt zu, eine solche Aufstellung zu fertigen und der Niederschrift beizufügen (s. Anlage 3).

### **3.5 Fall- und Kostenentwicklung im Bereich Hilfen zur Erziehung 2008 0862/2009**

Frau Schlitt bittet zum unteren Schaubild auf Seite 2 im Zusammenhang mit dem dritten Absatz auf Seite 3 um Erläuterung.

Herr Dr. Heinen erwidert, dass es sich um die lineare Progression handele.

Er bittet weiterhin um Erläuterung zu den folgenden Punkten:

- a) Aus welchem Grund fällt der Stadtbezirk Chorweiler aus dem Rahmen?
- b) Gibt es ein Indiz dafür, warum die Verweildauer im Bereich der Hilfen im Aufnahmebereich so drastisch gestiegen ist?
- c) Bemerkt die Verwaltung bei den Eingliederungshilfen im Sinne des § 8a SGB VIII schon eine verstärkte Zahl von Kindeswohlgefährdungsmeldungen und kann bereits jetzt für das Jahr 2009 eine Prognose abgegeben werden, mit welchen Steigerungen in diesem Bereich zu rechnen ist?

Herr Uckermann bittet um Mitteilung, warum die gewährte Stundenanzahl bei den ambulanten Hilfen auf 7 pro Woche festgelegt wurde und ob es sich dabei lediglich um einen Richtwert handele. Des Weiteren bittet er um Informationen bezüglich des Kindstodes in Köln-Merkenich.

Herr Völlmecke teilt für die Verwaltung mit, dass die Situation in Chorweiler vergleichbar sei mit dem Jahr 2007. Für Abweichungen gäbe es immer mehrere Gründe. Chorweiler erhalte über ein Ergänzungsprogramm wesentliche Bundesmittel und die daraus entstandene gute Infrastruktur habe eine Auswirkung auf die Hilfen zur Erziehung.

Im Aufnahmebereich Kinder sei die Nachfrage verstärkt gewesen und es wurde eine Überlastung der Kinderheime im Aufnahmebereich konstatiert. In Folge dessen wurde das Platzangebot im Aufnahmebereich erweitert.

Die Zunahmen im Bereich der Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII bewögen sich hauptsächlich im Bereich Legasthenie/Dyskalkulie. Dabei stünden Kinderschutzaspekte nicht im Vordergrund.

Bei der Anzahl von 7 Wochenstunden handele es sich um einen Richtwert, der je nach Hilfe und Bedarf der Familie/des Hilfeempfängers im Einzelfall reduziert oder erhöht werden könne.

Zum Todesfall in Merkenich habe das Jugendamt Köln bereits eine Pressemitteilung herausgegeben.

Herr Uckermann bittet um Mitteilung, ob es möglich sei, diesbezüglich Akteneinsicht beim Jugendamt zu nehmen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein unterstreicht, dass in der Sache Sozialdatenschutz bestehe und über die Pressemitteilung hinaus keine weiteren Daten übermittelt werden.

Herr Uckermann stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss Teil des Jugendamtes sei und jedes Mitglied eine Verpflichtung zum Stillschweigen über die im Jugendhilfeausschuss besprochenen Themen unterschrieben habe. Zu Art und Umfang der Hilfe in der Familie seien keine Informationen bekannt und dies könne so nicht akzeptiert werden.

### **3.6 Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Kinderschutzes (Bundekinderschutzgesetz-BKiSCHG) 0866/2009**

Herr Dr. Heinen bittet bezüglich der Hausbesuche um Mitteilung, ob diese nach dem Subsidiaritätsprinzip gehandhabt werden oder die Kommunen die Kosten selbst zu tragen haben.

Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt an, dass das Gesetz zur Zeit vorsehe, dass die Kommunen die Kosten selbst tragen, die kommunalen Spitzenverbände jedoch bereits auf diesen Punkt aufmerksam gemacht wurden und in der Sache aktiv geworden seien.

### **3.7 Einführung Mittagsversorgung: Sachstände an Kölner Gymnasien 0874/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

### **3.8 Ergebnisse der Fragebogenaktion der Sportjugend Köln und des Schulverwaltungsamtes (Schuljahr 2007/2008) Programm "Sporthochschule Goes For Schools" als erste Maßnahme 0157/2009**

Frau Jahn kritisiert, dass sehr wenige Maßnahmen vor 15:30 Uhr angeboten werden. Sie fragt, ob die Verwaltung plant, die Angebote vor 15:30 Uhr, ggf. mit Hilfe der Träger, auszubauen, da dies dazu führen würde, dass wesentlich mehr Kinder daran partizipieren könnten.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass es sich bei der Vorlage um eine erste Bestandsaufnahme handele. Die Sportjugend Köln sei dabei, die Sportangebote weiterzuentwickeln und zu optimieren. Zukünftig werden die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses in der Sache regelmäßige Sachstandsberichte zur Kenntnis erhalten.

Herr Dr. Heinen merkt an, es müsse darauf geachtet werden, dass die Übungsleiter qualifiziert seien und einer gewissen Zertifizierung Rechnung getragen werde.

### **3.9 Haus des Jugendrechts - Immobilie und Kooperationsvereinbarung 0721/2009**

Frau Laufenberg teilt für die FDP-Fraktion mit, dass das Modell grundsätzlich begrüßt werde, jedoch der Einzug des Amtes für Kinderinteressen in das Haus des Jugendrechts nicht der Intention der Fraktion entspreche. Sie bittet um Mitteilung, welche Gründe für diese kritische Entscheidung vorliegen.

Frau Schlitt bittet um Angabe, wessen Idee die Zusammenlegung sei, nach welchen Kriterien die Zusammenführung vorgenommen wurde und welche Alternativen es gäbe.

Herr Uckermann führt aus, dass diese Entscheidung dem Wahlkampf geschuldet sei. Er bedauert, dass aus einem bewährten Projekt eine butterweiche Kooperationsvereinbarung gemacht werde. Es seien immer noch keine Zielvorgaben für die Verfahrensdauer erstellt worden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erinnert daran, dass durch den Einzug der kompletten Jugendgerichtshilfe in das Haus des Jugendrechts nicht nur Intensivtäter das Haus besuchen. Zu mehr als 90% gehe es um Jugendliche, die aufgrund von Strafdelikten mit der Jugendgerichtshilfe in Kontakt kommen. Bei den meisten davon handele es sich um geringfügige Delikte, so dass nicht von Kriminalität in großem Ausmaß die Rede sein könne.

Gerade das Amt für Kinderinteressen könne mit seinem öffentlichkeitswirksamen positiven Input einen positiven Akzent für das Haus des Jugendrechts setzen. Darüber hinaus habe das Amt für Kinderinteressen keinen regelmäßigen Publikumsverkehr und die Aufgaben seien nicht ordnungsbehördlich geprägt. Die Qualität der Arbeitsplätze der Abteilung werde durch einen Umzug deutlich verbessert. Zum einen werde der Raum im Haus des Jugendrechts optimal genutzt und zum anderen könne die angespannte Raumsituation in Kalk entspannt werden.

Frau Blum stimmt den Argumenten der Verwaltung zu. Sie bittet jedoch, in der Kooperationsvereinbarung zu erwähnen, dass es sich lediglich bei einem sehr geringen Teil der Kinder und Jugendlichen um Intensivtäter handele.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass die Kooperationsvereinbarung sich lediglich auf die kleine Gruppe der Intensivtäter beziehe. Das Aufgabengebiet der Jugendgerichtshilfe gehe weit darüber hinaus und zum größten Teil arbeiten sie mit Kindern und Jugendlichen zusammen, die im Rahmen eines strafrechtlichen Verfahrens mit der Justiz in Kontakt geraten seien. Kriminogenes Verhalten bei Jugendli-

chen sei nachgewiesenermaßen oft eine einmalige Erscheinung, die sich wieder ausschleicht.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bietet an, für die nächste Sitzung eine Mitteilung über die jährlichen Fallzahlen der Jugendgerichtshilfe zu machen.

Herr Petrikat bittet um Erläuterung, inwiefern das Amt für Öffentliche Ordnung in die Sache involviert sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass Herr Stadtdirektor Kahlen als Rechtsdezernent in der Sache tätig sei. Frau Krause fügt hinzu, dass Herrn Stadtdirektor Kahlen die Koordination für das gesamte Projekt unterliege. Die federführende Mitarbeiterin habe zum Amt für Öffentliche Ordnung gewechselt, diese Aufgabe jedoch mitgenommen.

Herr Völlmecke teilt auf Anfrage von Herrn Dr. Heinen mit, dass ein Berichtswesen erstellt werde und alle Zahlen, die in Verbindung mit den Zielen der Kooperationsvereinbarung stehen, dem Jugendhilfeausschuss regelmäßig vorgelegt werden.

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

##### **4.1 Frühere Anträge**

##### **4.2 Neue Anträge**

###### **4.2.1 Erweiterung der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010 (Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.03.2009) AN/0562/2009**

Der Dringlichkeitsantrag wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 4 beigefügt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Herr Dr. Heinen aus, dass über die Vorlage zur Schulsozialarbeit (4301/2008) interfraktionell weitere Gespräche geführt worden sind, mit dem Ergebnis, dass in der Sache ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag gestellt wurde. Die Vorlage müsse dem Rat zusammen mit einer Vorschlagsliste der einzusetzenden Träger vorgelegt werden, damit die Stellen im Grundschulbereich bis zum Schuljahresanfang im August besetzt werden können.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die auf politischen Beschluss im Doppelhaushalt 2008/2009 eingestellten Mittel in Höhe von 750.000 Euro zur Finanzierung zusätzlicher Stellen für die Schulsozialarbeit an Grundschulen zu verwenden.

Die Stellen sollen durch anerkannte, geeignete Träger der freien Jugendhilfe besetzt werden.

Der Jugendhilfeausschuss fordert die Verwaltung weiterhin auf, bei der Trägersauswahl auf folgende Kriterien zu achten:

- Erfahrung in Kooperation mit Schulen
- Träger, die eine Fachberatung für die Jugendsozialarbeit bereits praktizieren
- Träger mit OGTS-Erfahrung
- Träger mit Fachkräften, die eine hohe persönliche und fachliche Kompetenz besitzen, da die
  - in Frage kommenden Grundschulen einen hohen Schüleranteil mit belasteten und verhaltensauffälligen Kindern aufweisen
- die Arbeit muss im Einklang mit dem gemeinsam von Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung erstellten Jugendkonzeptes stehen

Die Trägersauswahl soll unter Beteiligung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege durch die Jugendverwaltung erfolgen.

Zur fachlichen Steuerung der zukünftigen Schulsozialarbeit im Primarbereich ist zu prüfen, ob eine städtische Koordinatorenstelle notwendig ist. Der Aufgabenbereich dieser Funktion ist darzustellen. Die Finanzierung kann aus den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln erfolgen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, alle Schulsozialarbeiter über das Schulgirokonto mit einem angemessenen Sachmittelbudget auszustatten. Die Auswahl und Einstellung der Fachkräfte erfolgt unter Beteiligung der Schulen.

Ferner bitten wir die Verwaltung, das bisherige Konzept der Schulsozialarbeit unter Einbeziehung der integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung zu überarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss noch in 2009 vorzulegen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die bereits im Januar vorgelegte Beschlussvorlage zur Schulsozialarbeit entsprechend zu ergänzen und dem Rat am 05.05.09 zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Das Ziel ist zu Schuljahresbeginn 2009 mindestens 44 zusätzliche Stellen (kommunal, landesfinanziert wie auch in freier Trägerschaft) für den Bereich der Schulsozialarbeit in Köln vorzuhalten.

Mit der Finanzierung weiteren Personals tritt die Stadt Köln wiederholt in Vorleistung. Wir fordern daher das Land auf, seine Förderanstrengungen zu verstärken und ebenfalls entsprechende Ressourcen bereitzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

### **5.1 Frühere Anfragen**

### **5.2 Neue Anfragen**

#### **5.2.1 Ganztagsangebote für 10 - 14-jährige Schülerinnen und Schüler (Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.03.2009) AN/0479/2009**

Die Anfrage wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 5 beigelegt.

Die Beantwortung wird von der Verwaltung schriftlich zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.04.2009 erfolgen.

## **6 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO**

### **6.1 Planungsaufnahme für die Realisierung eines Ersatzbaus für die bestehende Kindertagesstätte: Belvedere Straße 17 in Köln-Müngersdorf 3208/2008**

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt, da noch Daten recherchiert werden und weitere Gespräche mit den Eltern der die Kindertagesstätte Wendelinstraße besuchenden Kinder vorgesehen sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung entschieden die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses auf Vorschlag von Frau Schlitt, noch ausstehende Fragen zu klären und sich über den Sachstand auszutauschen und den TOP anschließend in eine der nächsten Sitzungen zu schieben.

In der Sitzung bittet Frau Schlitt um Mitteilung, ob es Gespräche mit der Bezirksvertretung 3 (Lindenthal) gab und ob ein neuer Sachstand vorläge.

Herr Gräbener teilt für die Verwaltung mit, dass es in der Sache keine neuen Überlegungen gäbe. Das Projekt laufe seit 2006. Problematisch sei, dass die Sanierung des alten Gebäudes im Petershof für eine 3-gruppige Kindertagesstätte deutlich mehr Kosten verursache als der Neubau einer Kindertagesstätte für 4 Gruppen. Auch für U3 werden zusätzliche Plätze benötigt, so dass aus Wirtschaftlichkeitsas-

pekten die Möglichkeit des Neubaus weiter verfolgt werden müsse. Bereits 2006 wurden diverse Elterngespräche geführt. Zur Zeit werden die Zahlen aus 2006 von einem Architekten überprüft und die Eltern der Kindertagesstätte werden erneut zu Gesprächen gebeten.

Frau Schlitt bittet, die Zahlen auch an die Bezirksvertretung 3 (Lindenthal) zu kommunizieren. Sie fragt, ob es korrekt sei, dass mittlerweile eine vierte Gruppe in das Gebäude eingezogen sei, die vorher in einer Grundschule in Müngersdorf untergebracht war. Im Falle eines Neubaus solle auf dem Schulhof gebaut werden. Dort befände sich das Therapiezentrum Wendelinstraße, welches dringend sanierungsbedürftig sei. Frau Schlitt regt an, ein gemeinsames Konzept mit dem Therapiezentrum zu entwickeln.

Herr Dr. Schlieben bittet um eine Gegenüberstellung der Sanierungskosten des Gebäudes am Petershof und des Neubaus. Die Kosten-Nutzen-Rechnung müsse jedoch den Gedanken mit berücksichtigen, dass im Falle der Sanierung des Gebäudes am Petershof auf dem Grundstück Wendelinstraße etwas Anderes errichtet werden könnte.

Herr Gräbener hebt hervor, dass die Einbeziehung des Therapiezentrums Wendelinstraße in die Überlegungen und Planungen mit einbezogen werde. Bei einem Neubau wären weitere Versiegelungen unumgänglich. Eine Berechnung im Sinne von Herrn Dr. Schlieben werde erstellt und dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung gestellt.

Frau Blum merkt an, dass auch bedacht werden müsse, die Bausubstanz zu erhalten. Eine Sanierung käme auf alle Fälle in Frage, es sei denn, die Stadt wolle das Gebäude veräußern. Auch für die Wohlfühlsituation der Kinder wäre eine Sanierung viel förderlicher.

Frau Wöhler schildert, dass im Therapiezentrum Wendelinstraße wöchentlich 250 bis 300 Schulkinder therapiert werden. Das Therapiezentrum beschäftige 20 Therapeuten. Eine Renovierung des Gebäudes sei nicht möglich. Im Interesse der Kinder müsse eine gute Lösung gefunden werden.

**6.2 Förderung einer halben Personalstelle im Jugendcafe Chorweiler für den Bereich "Betreuung Jugendlicher im Übergang Schule-Beruf".  
0328/2009**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt dem Träger „Jugendcafe Chorweiler e.V.“ zur Finanzierung einer halben Personalstelle, für den Zeitraum 01.03.2009 – 31.12.2009, aus dem Teilergebnisplan 0601 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) einen städtischen Zuschuss in Höhe von 21.375,00 Euro zu gewähren.

Mittel stehen im Teilergebnisplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zur Ver-



fügung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.3 Verteilung von Haushaltsmitteln aus dem Teilergebnisplan 0601 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe im Jahr 2009  
hier: Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 3.900,00 € für Selbsthilfemaßnahmen des Theaterpädagogischen Zentrum Köln e.V. (ZAK).  
0162/2009**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt, aus dem Teilergebnisplan 0601 Kinder-, Jugend und Familienhilfe, Zeile 15, Transferaufwendungen, einen Zuschuss für Selbsthilfemaßnahmen anerkannter Träger und Gruppen der Jugendhilfe, in Höhe von 3.900,00 Euro an den Verein „Theaterpädagogisches Zentrum e.V. Köln“, zu vergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Förderung der Mitgliedsverbände im Ring politischer Jugend  
5798/2009**

Frau Laufenberg nimmt zu diesem Tagesordnungspunkt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Frau Blum erläutert, dass die „Junge Linke“ nicht zur Fraktion Die Linke gehöre, sondern es sich dabei um einen parteiunabhängigen politischen Jugendverband handle, der im Rahmen der Trennung von der Jugendorganisation „Jungdemokraten“ der FDP gegründet wurde.

Herr Uckermann bittet um Mitteilung, wie die Zuwendungen in Höhe von insgesamt 20.000,- Euro für die Aktivitäten aufgeteilt wurden. Frau Blum weist darauf hin, dass dies bereits an anderer Stelle beantwortet wurde.

Herr Uckermann bittet weiterhin um Angabe, warum alle im Stadtrat vertretenen Jugendorganisationen berücksichtigt wurden bis auf eine. Darüber hinaus erkundigt er sich nach dem Verfahren, dass eine zugelassene kommunale Partei durchlaufen muss, um bei der Verteilung der Zuwendungen für die Jugendorganisationen berücksichtigt zu werden.

Die Verwaltung sagt zu, dies schriftlich zu beantworten.

Herr Uckermann stellt folgenden mündlichen **Änderungsantrag:**

„Die Jugendorganisation von ProKöln, ProNRW, ist bei der Verteilung der Zuwendungen zur Förderung der Mitgliedsverbände im Ring politischer Jugend angemessen zu beteiligen.“

Frau Blum stellt den **Änderungsantrag** zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Einstimmig abgelehnt.

Frau Blum stellt dann den **Beschlussvorschlag** zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Mitgliedsverbände im Ring politischer Jugend Köln auf Einzelantrag hin mit insgesamt 20.000 Euro für ihre politische Jugendarbeit in 2009 aus Mitteln des Teilergebnisplan 0601, Kinder,- Jugend und Familienhilfe, zu fördern.

Daher bewilligt der JHA folgende Zuwendungen an die nachstehenden Mitgliedsverbände:

1. Jungsozialisten	7.028,54 Euro
2. Junge Union	7.038,98 Euro
3. Jungliberale	3.865,89 Euro
4. Junge Linke	738,36 Euro
5. Grüne Jugend	1.328,23 Euro
<hr/>	
	20.000,00 Euro

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt des Beschlusses vom 13.06.1994 (Verteilung von Zuschussmittel im Verwaltungshaushalt).

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 6 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

**6.5 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Schulalter;  
hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10 - 14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2008/2009  
0128/2009**

Frau Blümel, Frau Volland-Dörmann und Herr Scheiblich nehmen zu diesem Tagesordnungspunkt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Frau Blum führt aus, dass in der Sache aus dem Jahr 2008 noch Restmittel in Höhe von 400.000,- Euro vorhanden seien und bittet in diesem Zusammenhang um Sachstandsmitteilung für das Jahr 2009.

Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt an, dass es in der Sache keinen neuen Sachstand gäbe. Sofern dies politisch gewünscht sei und eine entsprechende Beschlussfassung vorläge, werde der Betrag als Einmalzahlung vorgesehen. Zur Zeit könne der Betrag nicht in das Jahr 2009 übernommen werden, da dies eine Standarderhöhung auf Dauer bedeuten würde. Sie führt aus, dass die Haushaltsmittel für das Jahr 2008 mit Ablauf des Jahres 2008 verfallen seien und somit bis zur Beschlussfassung des Finanzausschusses zur Übertragung ins Jahr 2009 nicht zur Verfügung stünden. Aufgrund dessen sei die Beschlussfassung des Finanzausschusses in der Sache von essenzieller Bedeutung.

Frau Schlitt berichtet, dass in den Fraktionen noch Beratungsbedarf bestehe. Sie nimmt Bezug auf den Zusatzantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.12.2008 zu TOP 8.9 (Ratsvorlage 4978/2008 – Ganztagsoffensive Sekundarstufe I – Programm „Geld oder Stelle“ und Ganztagsangebote für 10-14 jährige Schülerinnen und Schüler), dem der Ausschuss für Schule und Weiterbildung und der Rat nicht gefolgt seien. In diesem Zusammenhang bittet Sie um Mitteilung, ob der in dem Zusatzantrag gewünschte Arbeitskreis bereits seine Arbeit zur Erstellung der Konzeption aufgenommen habe.

Aus dem Kreis der Träger der freien Jugendhilfe wird geantwortet, dass der Arbeitskreis, bestehend aus Jugendverwaltung, Schulverwaltung, Trägern der freien Jugendhilfe sowie der AGOT, bereits bestehe.

Herr Peil wirft die Frage auf, warum nicht alle Einrichtungen Landesmittel erhalten.

Frau Quilling teilt für die Verwaltung mit, dass die Landesmittel gedeckelt seien, so dass nicht alle Einrichtungen die einen Antrag stellen, berücksichtigt werden können.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss, - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt, Zuschüsse für die in der Anlage 1 genannten Träger in Höhe von 790.937,17 Euro, für die Durchführung von Ganztagsangeboten im Schuljahr 2008/2009 (zweites Schulhalbjahr für den Zeitraum 01.01.2009 – 31.07.2009) zu gewähren.

Mittel stehen im Teilergebnisplan 0601 -Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), zur Verfügung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **6.6 Verteilung von Haushaltsmitteln 2009 hier: Förderung eines Betreuungsangebotes der DGB-Jugend an der**

**Hauptschule Borsigstraße zur vorbeugenden Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit  
5705/2008**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt aus dem Teilergebnisplan 0601 Kinder-, Jugend und Familienhilfe, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) einen städtischen Zuschuss in Höhe von 9.000 Euro für das Betreuungsangebot der DGB-Jugend an der Kölner Hauptschule Borsigstraße zu bewilligen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.7 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe;  
hier: agisra Köln e.V.  
0289/2009**

Frau Blum bittet um Auskunft, ob der Verein „agisra Köln e.V.“ einen Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe beim Landesjugendamt gestellt habe, da viele der Klientinnen außerhalb Kölns angesiedelt seien.

Frau Krause teilt für die Verwaltung mit, dass ein Antrag beim Landesjugendamt nicht gestellt wurde, da eine Auszählung ergeben habe, dass über 80% der Klientinnen aus Köln stammen und somit die Zuständigkeit des Jugendamtes Köln gegeben sei.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein: agisra Köln e.V., Steinbergerstr. 40, 507363 Köln, nach § 75 Absatz 2 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

**7.1 Erhaltung der bilingualen Kindertagesstätten in Kalk und Ausweitung auf ein türkisches und russisches Angebot  
0178/2009**

Frau Laufenberg fragt an, ob weitere bilinguale Angebote geplant seien.

Frau Beigeordnete Dr. Klein entgegnet, dass ein deutlicher Mehrbedarf an bilingualen Angeboten vorhanden sei. Sie sagt zu, zu einer der nächsten Sitzungen eine Gesamtdarstellung mit einer Entwicklungsperspektive zu fertigen.

Herr Uckermann erkundigt sich, ob es ein rahmenpädagogisches Konzept für bilinguale Kindertagesstätten gäbe und wie die Einstellung der deutschen Bürger hierzu wäre.

Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt an, diese Aspekte ebenfalls in der oben erwähnten Aufstellung zu berücksichtigen.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Finanzausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von 40.000 Euro für 2009 zur Weiterführung des Projektes „Förderung und Ausweitung der Bilingualität in den Kindertagesstätten des Caritasverbandes/ St. Elisabeth Jugendheim e. V.“

Entsprechende Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Zeile 15 Transferleistungen, zur Verfügung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **7.2 Finanzierung der Erweiterung des Modellprojekts "Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln" auf das 11. Sozialraumgebiet Humboldt/Gremberg und Kalk ab dem 01.01.2009 0719/2009**

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Finanzausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Finanzausschuss beschließt für das Haushaltsjahr 2009 die Freigabe zahlungswirksamer Aufwandsermächtigungen in Höhe von 90.000 Euro zur Erweiterung des Modellprojekts „Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln“ um das 11. Sozialraumgebiet Humboldt/Gremberg und Kalk.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), zur Verfügung.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **8 Ausschussempfehlungen an den Rat**

### **8.1 Fortführung der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln ( U 25-Konferenz) und Einrichtung des lokalen Büros "Die Chance" im Sozialraum Chorweiler 0352/2009**

Herr Dr. Heinen äußert für die SPD-Fraktion den Wunsch, über die Maßnahmen und Prozesse der Arbeitskonferenz regelmäßige Berichte zu erhalten.

Herr Peil beantragt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende **Ergänzung:**

„.....

e) Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Vorlage, die Maßnahmen und den nächsten Bericht  
zu gendern.

...“

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Frau Blum stellt den Beschlussvorschlag in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

## **Geänderter Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, in gemeinsamer Geschäftsführung mit der Agentur für Arbeit Köln die Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln zunächst für weitere 2 Jahre fortzuführen, den dem Beschlussvorschlag beigefügten Zwischenbericht der U 25 Konferenz fortzuschreiben und die Fachausschüsse regelmäßig über die Ergebnisse der Arbeitskonferenz zu informieren.

Die personelle Ausstattung wird für den Zeitraum der Fortführung wie folgt festgelegt:

- a) 1 Stelle A 13 g.D. Projektleitung
- b) 1 Stelle A 11 für die fachliche Prozessbegleitung SGB II

(wie bisher durch ArGe einzubringen und zu besetzen)

- c) fachliche Prozessbegleitung SGB VIII  
Fachressource aus dem Aufgabenbereich Übergang Schule - Beruf (u.a. § 13 SGB VIII) im Umfang von 1 x wöchentlich 3 Stunden
- d) Fachberatung SGB III  
Der Rat beauftragt die Verwaltung, in Gesprächen mit der Agentur für Arbeit Köln sicherzustellen, dass entsprechende Fachressourcen aus dem Rechtskreis des SGB III für die U 25 Konferenz und die von dort initiierten Projekte ebenfalls im Umfang von 1 x wöchentlich 3 Stunden zur Verfügung zu gestellt werden.
- e) Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Vorlage, die Maßnahmen und den nächsten Bericht zu gendern.

Weiterhin beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, im Rahmen der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln (U 25 Konferenz) das lokale Büro „Die Chance“ im Sozialraumgebiet Chorweiler als Modellprojekt einzurichten.

In diesem Büro sollen Agentur für Arbeit Köln, ARGE Köln, Schulamt, Jugendamt, Gesundheitsamt und Sozialamt mit dem Ziel einer optimierten Umsetzung ihrer jeweiligen originären Aufgabenstellungen zusammengebracht werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Bei 1 Enthaltung einstimmig zugestimmt.

#### **8.2 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 24.06.2008 zur Kompensation der Personalkostensteigerungen bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, den freien Trägern aus den Bereichen der Jugendhilfe, der Sozialarbeit, des Gesundheitswesens und Migration sowie der Träger der Bürgerzentren (künftig Träger) 0537/2009**

Herr Bergmann, Frau Blümel, Frau Hüppe, Herr Köker, Herr Scheiblich und Frau Voland-Dörmann nehmen zu diesem Tagesordnungspunkt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat erklärt sich mit einer zunächst pauschalieren Verteilung der für den HPL 2008/2009 beschlossenen Mehraufwendungen für die aktuelle Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst bei den Zuschüssen an die freien Träger der Wohlfahrtspflege sowie der sonstigen freien Träger aus den Bereichen Jugendhilfe, Sozialarbeit, Ge-

sundheit und Migration sowie an die Träger von Bürgerzentren in dem gemäß den Anlagen des Beschlusses beigefügten Umfang für die Teilpläne

- |   |                            |
|---|----------------------------|
| a) 0101 - Innere Verwaltung -   | in Höhe von 12.400 Euro    |
| b) 0502 - Betrieb, Unterhaltung und Förderung<br>von Bürgerhäusern und -zentren | in Höhe von 87.400 Euro    |
| c) 0701 - Gesundheitsdienste -  | in Höhe von 206.800 Euro   |
| d) 1003 - Wohnen -  | in Höhe von 100.600 Euro   |
| e) 0501 - Soziale Hilfen -<br>sowie   | in Höhe von 261.500 Euro   |
| f) 0601 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe -                                  | in Höhe von 1.516.200 Euro |

mit einem Gesamtvolumen von 2.184.900 Euro einverstanden.

Dies erfolgt mit der Maßgabe, dass die Verwendung der Mittel per Verwendungsnachweis nachzuweisen ist und etwaige Überzahlungen schnellstmöglich verrechnet werden („Spitzabrechnung“).

Zur Umsetzung beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2009 überplanmäßigen zahlungswirksamen Mehraufwand zu den Buchstaben a) bis d) in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwand - von insgesamt 407.200 Euro.

Die Deckung zu a) bis d) erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen in 2009 aus dem Teilplan 0501 - Soziale Hilfen -, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen -. Transferaufwand „Grundsicherung nach dem SGB II.

Zu den Maßnahmen e) und f) entsteht kein überplanmäßiger Mehraufwand, da sie sich aus den eigenen Teilplänen durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Rahmen der Sollumbuchung finanzieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **8.3 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen 0504/2009**

Herr Dr. Schlieben beantragt, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen. Andernfalls werde die CDU-Fraktion sich der Stimmen enthalten. Die Vorlage beinhalte kein Konzept sondern sei lediglich eine Sammlung von Einzelmaßnahmen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein weist darauf hin, dass der Integrationsrat die Vorlage mit einem sinnvollen Zusatz beschlossen habe.

Auf die Nachfrage von Herrn Petrikat nach einem Zeitplan gibt Frau Beigeordnete Dr. Klein an, dass es keinen exakten Zeitplan gäbe. Sobald der Rat die Vorlage beschließt, werde das federführende Dezernat V die Arbeitsgruppen zusammenrufen und die erforderlichen fachlichen Diskussionen führen.



Herr Dr. Heinen merkt an, dass die SPD-Fraktion das Konzept begrüße und es wichtig sei, dass die Arbeit an dem Konzept weitergeführt werde.

Herr Uckermann betont, die Arbeitsgruppen seien zu einseitig besetzt. Frau Blum bittet Herrn Uckermann, diesbezüglich einen schriftlichen Antrag an die Verwaltung zu richten.

Frau Blum beantragt ebenfalls, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen. Des Weiteren regt sie an, den Titel des Konzeptes in „Entwurfsammlung zu einem Integrationskonzept (Teil 1)“ zu ändern. Dies wird zur **Abstimmung** gestellt.

**Beschluss:**

Bei 5 Enthaltungen mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Frau Blum stellt die Beschlussvorlage in der Fassung des Integrationsrates zur Abstimmung.

**Geänderter Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 18.12.2008 nimmt der Rat der Stadt Köln das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier zum Kölner Integrationskonzept als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln zur Kenntnis, um in der Stadt ein zuwanderungsfreundliches Klima zu schaffen, die Offenheit der Aufnahmegesellschaft und die Integrationsbereitschaft der Migrantinnen und Migranten zu fördern und für Einheimische und Zugewanderte eine gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu erreichen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

1. das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier fortzuentwickeln, eine fachliche Bewertung durch die Fachverwaltung vorzunehmen und es dem Rat als Gesamtkonzept zur abschließenden Beschlussfassung Ende 2009 vorzulegen.

Die Verwaltung wird hierzu beauftragt,

- die noch nicht bearbeiteten Querschnittsthemen „Frauen“, „Wohnen“, „Kultur“, „Bürgerschaftliches Engagement“, „Seniorinnen und Senioren“, „Menschen mit Behinderung“ und „Lesben, Schwule und Transgender“ in der bestehenden Projektstruktur zu erarbeiten.
- unter Beteiligung der an der Erarbeitung des Integrationskonzeptes beteiligten Akteure eine umfassende Priorisierung der Handlungsempfehlungen vorzunehmen
- die vorliegenden Empfehlungen mit Maßnahmen zu versehen sowie fehlende Ressourcen (Finanzmittel/Personal) zu benennen und den

einzelnen Maßnahmen zuzuordnen.

2. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sowie die Planung und Umsetzung von Maßnahmen sicher stellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Bei 5 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

#### **8.4 Gewährung eines Zuschusses an die Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Köln e.V., zu den Mietkosten des Jugendzentrum- und Nachbarschaftshaus Bodestrasse. 5779/2008**

Die Vorlage wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 6 beigelegt.

Frau Volland-Dörmann nimmt zu diesem Tagesordnungspunkt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Frau Laufenberg teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Vorlage ablehnen werde. 90% der Kosten werden laut Richtlinie ohnehin bezuschusst, so dass nicht einzusehen sei, warum die Arbeiterwohlfahrt einen Zuschuss in Höhe von 100% erhalten solle.

Herr Bergmann stellt klar, dass es sich lediglich um einen Zuschuss zu den Mietkosten handle.

Herr Uckermann bittet um Auskunft, wie es möglich sein könne, Abweichungen von der Richtlinie beantragen zu wollen. Frau Krause verweist auf die Aussage von Herrn Bergmann.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, der „Arbeiterwohlfahrt“, Kreisverband Köln e.V., ab 2010 jährlich einen Zuschuss zu den Mietkosten des Jugend- und Nachbarschaftshauses Bodestraße abweichend von der Richtlinie zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Köln (JHA vom 29.08.2000) in Höhe von 100% zu gewähren.

Die Finanzierung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes aus dem Teilergebnisplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimme der FDP zugestimmt.

## **9 Anfragen**

**9.1** Frau Schlitt fragt im Bezug auf die städtische Kindertagesstätte bei KidS (Kinderheime Sülz):

1. Wann soll die Kindertagesstätte das Gelände verlassen?
2. Welche Zwischenlösung ist angedacht?
3. Wann wird die neue Einrichtung fertiggestellt sein?

Frau Brähler-Haucke teilt für die Verwaltung mit, dass KidS sowie die Schul- und Jugendverwaltung letzte Woche die Auslagerung nach Raderthal vereinbart haben. Ab nächster Woche sollen Gespräche mit den Eltern geführt werden.

**9.2** Herr Schäfer-Remmele bittet um Auskunft, wann die Richtlinie über die Zuschüsse für Investitionen angepasst werde.

Frau Quilling erwidert, dass bereits ein Richtlinienentwurf bestehe. Spätestens nach der Sommerpause werde die Richtlinie dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt.

**9.3** Herr Uckermann wirft folgende Fragen auf:

1. Besteht beim Jugendamt weiterhin eine Stelle, die über Weihnachtsgeschenke berät?
2. Wie geht das Jugendamt mit dem Kindstod in Merkenich um? Welche weiteren Maßnahmen sind in der Sache geplant und wann?
3. Die ausgelegte Zeitschrift „Akt“ beinhaltet jugendgefährdende Publikationen. Welche Maßnahmen und Prüfmechanismen seitens des Jugendamtes werden diesbezüglich angedacht?

Frau Krause antwortet wie folgt für die Verwaltung:

1. Eine Stelle zur Beratung über Weihnachtsgeschenke bestehe beim Jugendamt nicht.
2. Bezüglich des Kindstodes in Merkenich habe Frau Beigeordnete Dr. Klein bereits ausgeführt, dass aufgrund des Sozialdatenschutzes keine weiteren Auskünfte erteilt werden.
3. Zu den jugendgefährdenden Publikationen werde eine schriftliche Beantwortung folgen.

gezeichnet: Carola Blum

ausgefertigt: Anna Jarczyk